

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:** Tauchaer Straße 19/21, Leipzig.  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig.  
**Telefon:** 19898.  
**Sprechstunde:** Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

**Inserate** kosten die 6 gefaltete Zeilen ober deren Raum 25 Pfg., bei Klappbroschüre 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

## Tageskalender.

Die sächsische Regierung plant in nächster Zeit eine Konferenz mit den Oberbürgermeistern der größeren Städte, um Maßnahmen gegen die Fleischnot zu beraten.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie haben dem Zechenverband gestern ihre Forderungen unterbreitet.

Der Reichstag erlebte gestern das Kurpfuschereigefühl in erster Lesung und begann dann die Beratung der Reichsversicherungsinterpellationen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurden die sozialdemokratischen Anträge auf unbeschränkte Fleischzufuhr und Aufhebung der Fleischzölle abgelehnt, dagegen mehrere Anträge, die eine Milderung der Fleischnot bezwecken, angenommen.

In der italienischen Deputiertenkammer beantragten die Sozialdemokraten die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz.

Die Hochwasserkatastrophe in West- und Mittelfrankreich gewinnt immer größere Ausdehnung. Auch an der spanischen Küste haben Unwetter schweren Schaden angerichtet.

## Die Wertzuwachssteuer.

Leipzig, 2. Dezember.

Das Berliner Tageblatt brachte die Nachricht, daß zwischen dem Staatssekretär Wermuth und einer Anzahl Parlamentarier eine Besprechung stattgefunden habe, in der erwogen wurde, ob es nicht angezeigt sei, auf die Wertzuwachssteuer zu verzichten und statt ihrer den Umsatzsteuern zu erhöhen.

Die Nachricht ist gestern in aller Form von Herrn Wermuth in der Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer dementiert worden. Aber daß die Nachricht überhaupt auftauchen konnte, beweist, wie ungewiß das Schicksal dieser Steuervorlage noch ist, gegen die in den letzten Tagen eine so einflussreiche Gruppe wie die Hausbesitzer mit mehr Nachdruck als Logik protestiert haben.

Der jetzt auf dem Tapet stehende Plan einer Wertzuwachssteuer rührt von den Konservativen her. Um sich der verhassten Erbschaftsteuer zu entziehen, brachten sie im April 1909 einen Antrag ein auf Besteuerung des Wertzuwachses der Grundstücke und Häuser. Sie rechneten bei einer Steuer von 6 Prozent des Wertzuwachses eine Reineinnahme von 52,8 Millionen Mark heraus.

Bei der Verhandlung über diesen Antrag in der Kommission (29. April bis 1. Mai 1909) waren alle Parteien mit einer solchen Steuer im Prinzip einverstanden. Die

sozialdemokratische Fraktion forderte die Wertzuwachssteuer, eine Reichsvermögenssteuer, eine Reichseinkommensteuer und Erbschaftsteuer als Ersatz indirekter Steuern. Sie wies auf die Schwierigkeit der Materie hin, übte Kritik an dem gänzlich konfusem konservativen Antrag und forderte die Regierung auf, eine Gesetzesvorlage über eine rationelle Wertzuwachssteuer einzubringen. Die Vertreter der Regierung machten allerlei Einwände, verhielten sich jedoch nicht ablehnend. Die Kommission lehnte schließlich den konservativen Antrag mit Stimmengleichheit ab und forderte einstimmig die Regierung auf, eine Gesetzesvorlage einzubringen. Die Regierung kam dieser Forderung jedoch nicht nach. Sie veröffentlichte statt dessen eine Druckschrift, in der sie auf die Schwierigkeiten hinwies, betonte die Notwendigkeit, die Interessen der Gemeinden, die die Steuer bereits eingeführt haben, zu schonen und lehnte es ab, im Rahmen der Steuerreform auf diese Steuer einzugehen.

Der Schnapsbrot nahm dann statt der Zuwachssteuer schließlich die Stempelabgabe auf Grundstücksübertragung an. Danach wird bei jedem Grundstücksverkauf eine Stempelabgabe in Höhe von 1/2 Proz. des Kaufpreises erhoben. Doch wurde die Erhebung dieser Abgabe durch eine Wertzuwachssteuer vorgezogen. In dem Gesetze über die Stempelabgabe heißt es nämlich:

„Als zum 1. April 1912 soll eine Reichsabgabe von der unveränderten Wertsteigerung bei Grundstücken (Zuwachssteuer) eingeführt werden, die so zu bemessen ist, daß sie einen Jahresertrag von mindestens 20 Millionen Mark erwarten läßt.“

Bis zur Einführung eines solchen Gesetzes soll die Stempelabgabe statt mit 1/2 mit 3/4 Proz. erhoben werden. Nach Einführung der Zuwachssteuer aber soll sie herabgesetzt werden und ganz verschwinden, wenn die Zuwachssteuer mindestens 40 Millionen einbringt.

Am 11. April 1910 brachte dann endlich die Regierung den Entwurf eines Zuwachssteuergesetzes ein. Der Entwurf weist manche Mängel auf. Vor allem ist die Steuerförmigkeit sehr niedrig. Wenn der Verkauf eines Grundstücks nach 30 Jahren eintritt, so wird bei einem Wertzuwachs von 10 Prozent der Zuwachs mit einer Steuer von 5 Prozent belegt, bei einem Zuwachs von 20 Prozent mit 5 1/2 Prozent usw.; der höchste Satz ist 12 Prozent. Bei kürzerer Frist wird die Steuer erhöht. Wird also ein Grundstück schon nach 10 Jahren verkauft und tritt hierbei eine Wertsteigerung um 10 Prozent ein, dann ist die Steuer nicht 5, sondern 12 Prozent vom Zuwachs. Ist die Frist nur ein Jahr, dann beträgt die Steuer 15,15 Prozent bei einem Wertzuwachs von 10 Prozent, 16,81 Prozent bei einem Zuwachs von 20 Prozent, 18,18 bei einem Zuwachs von 30 Prozent usw. Der höchste Satz der Steuer würde 36 Prozent des Wertzuwachses sein, wenn nämlich ein Grundstück in einem Jahre einen Wertzuwachs von 400 Prozent und darüber aufweist. Das Prinzip, das hier angewandt wird, ist richtig, denn der Wertzuwachs in kurzer Frist weist auf Gewinn aus Spekulation hin und dieser Gewinn soll möglichst scharf getroffen werden, dagegen ist der — sozusagen — „natürliche“ Zuwachs, der in langer Frist stattfindet und die kapitalistische Grundrente darstellt,

ebenfalls zu besteuern, aber milder scharf. Doch wie gesagt, erscheinen die Steuerförmigkeit viel zu niedrig.

Beispiele mögen das zeigen. Es wird ein Rittergut nach 30 Jahren verkauft. Nach Abzug der Beträge für die Aufwendungen (Gebäude, Meliorationen usw.) wird berechnet, daß der Preis des Grund und Bodens von 400 000 auf 800 000 Mk. gestiegen ist. Der Besitzer hat also einen unverdienten Gewinn von 400 000 Mk., und davon zahlt er nur 26 440 Mk. Steuer. Oder: ein städtisches Grundstück hat in 5 Jahren einen Wertzuwachs von 100 000 auf 300 000 Mk. erfahren; der Verkäufer streicht 200 000 Mk. unverdienten Gewinn ein. Dann zahlt er 52 500 Mk. Steuer. Das sind gewiß sehr niedrige Sätze, sie müßten ganz bedeutend erhöht werden.

Dieser Gesetzentwurf also wurde in der Kommission beraten, aber die Beratungen schleppten sich endlos hin, und als der Reichstag in die Ferien ging, war die Kommission noch lange nicht fertig. Sie hat aber den Steuerentwurf der Regierung verschlechtert, hat vor allem die Steuerförmigkeit herabgesetzt. Nach ihren Beschlüssen sollen die Steuerförmigkeit bei einem Zuwachs, der im ersten Jahre eintritt, zwischen 10 und 30 Prozent dieses Zuwachses betragen und für jedes Jahr Besitzdauer ermäßigt sich die Steuer um 1 Prozent ihres Betrages. In den angeführten Beispielen würde nach dieser Rechnung zu zahlen sein: beim Verkauf des Rittergutes 11 500 Mk., beim Verkauf des städtischen Grundstücks 33 250 Mk. Auf diese Weise wird die Steuer zu einer Lappalie.

Nach Zusammentritt des Reichstags gab es eine Ueberrückung. Herr Wermuth erklärte, daß er die Stempelabgabe entgegen dem Gesetze nicht aufgeben, sondern sie nebst der Zuwachssteuer einsparen wolle. Die Bedürfnisse des Reichs sind durch die Mehrforderungen in erster Linie des Militarismus so gestiegen, daß man trotz der halben Milliarde neuer Steuern nicht auskommt. Zu bemerken ist dabei, daß die Stempelabgabe die kleinbäuerliche Bevölkerung schwer belastet, während die Zuwachssteuer ihr bei weitem weniger fühlbar wäre. Kaufen heute ein Kleinbauer ein Grundstück für 6000 Mk., wobei er wirklich nur ein paar hundert Mark in bar anzahlt, hat er 3/4 Prozent Stempelabgabe zu zahlen, also 40 Mk., denn diese Steuer trifft den Käufer. Dagegen würde bei der Zuwachssteuer die Steuer von dem Verkäufer zu entrichten sein nach Maßgabe des faktisch eingetretenen Wertzuwachses. Deshalb sind auch nicht die Bauern Gegner der Zuwachssteuer, sondern vor allem die Großgrundbesitzer, die Güterschlächter, die Spekulanten und Hausagrarier.

Für die Sozialdemokratie ist entscheidend, ob die Zuwachssteuer, die ja doch in erster Linie die Großstädte trifft, auf die große Masse der Mieter abgewälzt werden wird, oder nicht. In der gestrigen Kommissionssitzung erklärten ihre Vertreter, daß die Steuer den Gemeinden gehöre und daß das Gesetz in der vorliegenden Form für sie nicht akzeptabel sei, daß sie sich ihre Stellung aber bis zum Schluß vorbehalten.

## Seuilleton.

### Rutland.

Erzählung von Jonas Lie.

Aus dem Norwegischen überföhrt von Emilie Stein.

16] Nachdruck verboten.

Weihnachten war vergangen, und Bernt wurde nach Neujahr wieder in die Schule gebracht, wie stets im Winter bisher. Er bekam ein paar neue Bücher, mit denen er halb acht Uhr früh auszog, um um zwölf Uhr wieder heimzukehren. Die Frucht seines Fleißes zeigte sich in einem verbeulten Penal, in täglich zerrissenen Beinkleidern und einem ab und zu zertrakteten oder zerhauenen Gesicht — alles Dinge, über deren genaueren Zusammenhang er vollständiges Schweigen beobachtete. Nur das Zeugnis sprach mit seinen höchst mittelmäßigen Noten; und wo es schwieg, da rebete es noch lauter. Das waren nämlich seine Versäumnisse — denn Bernt hatte eine reine Karte für Kjelsbergs Tafelraum. Diese blanken Rubriken erhielten auch zuweilen von Kristensens schwerer Hand dabeim eine Ausfüllung, die einem minder bildförmigen Sohn die Lust benommen hätte, sich sie nochmals anzuziehen; hier aber führte es nur dazu, daß Madam Kristensen in ihrer Schwäche für den Liebling diese leeren Stellen den Blicken des Mannes nach Möglichkeit zu entziehen trachtete. Es schien überhaupt, als sollte das Zeugnis ein Samen der Zwietracht in diesem Hause werden. Kristensen wollte von schlechten Noten nichts wissen,

und Madam Kristensen meinte in ihrem Herzen — was sie zu sagen allerdings nicht wagte —, daß Bernt Seemann und nicht Federfuchser werden sollte.

„Weber Bernts noch seiner Mutter Stolz lagen in der Richtung der Schule. Ein ganz ander Ding war alles, was die Künste und Fähigkeiten eines Seemanns betraf! Bernt kannte alle Stiche, Knoten und Bänder; er konnte Spilbisen und Knoten und die Mutter opferte manche Nachmittagsstunde, um von Tafelmeister Kjelsbergs sonst mit Lobesworten so sparsamen Lippen ein Wortchen zu hören, daß der Junge seiner Ansicht nach Talent habe. Natürlich wird er Seemann, Madam Kristensen.“

Der Tafelboden wäre Bernts Paradies gewesen, wenn des Tafelmeisters kleine rothaarige Enkelin nicht existiert hätte. Schon am ersten Vormittag rief sie zu seinem Aerger von weitem, so daß man es über den ganzen Tafelraum hörte:

„Da kommt Bernt!“ und dann ließ sie ihm entgegen. „Spiel Fangen mit mir, Bernt... oder Verstecken! Ich weiß ein Versteck... ja ich weiß zwei, wo du mich im Leben nicht findest... nein, nicht dort drüben bei den Wänden!... du meinst hinter den Tauen?... O nein, auch dort nicht... Guh nur hinauf auf die Bodenbalken... aber dort ist es auch nicht!“

Bernt ging ruhig vorbei, ohne sie zu beachten, und begann auf einsilbige Seemannsmanier eine Trosse, die mit Schiffmannsgarn überkleidet wurde, zu untersuchen.

„Überleiter!“ rief er sachkundig dem Arbeitenden zu und schlenderte dann leise pfeifend, mit den Händen in den Taschen weiter.

Bernt folgte ihm ein wenig langsamer: „Wilst du nicht?“... begann sie nach einer kleinen Weile wieder.

„Wir können ja auch etwas andres tun... Hier ist eine Taulleiter... da klettern wir auf die Bodenplanke und sehen über das Dach hinüber.“

Bernt blieb wiederum vor einigem aufgehängten Tauwerk stehen.

„Im... Topenanten... Brassen... Stengel-pardunen!“ murmelte er und pfiß eins vor sich hin.

Bernt war enttäuscht! Sie hatte sich so viele Monate darauf gefreut, daß Bernt heimkommen würde, und sich ein endloses Vergnügen, ein Rennen und Jubeln im ganzen Tafelraum vorgestellt. Sie hatte bereits eine bedeutende Portion ihrer Zuversicht eingebüßt, als sie leise fragte:

„Hast du die neue schwere Bugstiertrasse gesehen, die wir an den Phönix geschlagen haben?“

Bernt stand bloß still, sah nachdenklich vor sich hin und spuckte aus. Ihr zu antworten, fand er nicht für nötig.

In diesem Tage hatte Polly beim Mittagstisch rote Augen.

Den nächsten Tag sah er sie in der Tür. Er schlenderte leise pfeifend über den Boden, dies und jenes betrachtend und untersuchend, mit hängenden Schultern weit von sich spuckend, ganz mit den bedächtigen Gebärden eines alten vielgerelsten Matrosen.

Bernt hielt sich abseits und schenkte auch ihrerseits ein Stück Arbeit zu betrachten. Was sie Wertwürdiges an den Leinen sah, die hier aufgehängt waren, ließ sich nicht gut erkennen; vielleicht dachte sie wieder an ein Versteck oder etwas Aehnliches.

Als er das nächstmal stehen blieb, sah er sie ganz vertieft in die Betrachtung des Wassertrags, das er neulich untersucht hatte. Sie stand mit auf den Rücken gelegten